

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonntags. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mk. Eingetragen in die Postelungsliste Nr. 5482.

# Der Proletarier

Kunstpapierpreis: 50 Pf. für die 3 gelbte. Postzeit. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Steg. Druck von C. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover. Redaktionschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistr. 7. 2. St. — Fernsprech-Anschluss Nord 3002.

### Zwölfstundenschicht, ein soziales Verbrechen.

Zur Beerdigung freigegeben ist die Leiche des Mannes, die vor einigen Tagen erhängt aufgefunden wurde. Der Lebensmüde war von Beruf Elektrotechniker und hatte in seinem Fach längere Zeit keine Arbeit bekommen können, so daß er schließlich lebensüberdrüssig wurde.

Das ist eine Pressenotiz von vielen, wie sie tagtäglich zu lesen sind.

Wenn die Arbeiter in den Betrieben infolge der Hitze bei der Arbeit Unfälle erleiden, so berichten die Vertreter der honesten bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung, grob ausgedrückt, von dem Leichtsinn und, gelinde ausgedrückt, von der Unachtsamkeit der Arbeiterschaft. Und wenn ein Arbeiter, eine Arbeiterin sich aus Not und Verzweiflung das Leben nimmt, dann haben diese Unglücksmenschen Selbstmord verübt, und die stillschweigend einwandfreie, mitunter sich stromm gebärdende „bessere“ Gesellschaft ist für alle Fälle gedeckt. Sie hat sich selbst Absolution erteilt für ihre Todsünden. Und wenn ein aus Not verzweifelter Familienvater seine Frau und seine Kinder mit in den Tod nimmt, um sie nicht der grausamen, unerträglichen Varmherzigkeit der bürgerlichen Gesellschaft ausliefern zu müssen, dann hat der Mann gemordet. Und wehe, wenn es ihm nicht ganz gelang, ins sichere Jenseits zu flüchten; sie heilen ihn, schleppen ihn auf die Anklagebank, und sie verurteilen ihn wegen der Todsünden der bürgerlichen Gesellschaft.

Denn sie, die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft, mit ihrer „gottgewollten“ (welch ein dummes, unwahres Wort) Welt- und Wirtschaftsordnung hat die allermeisten Unfälle ohne und mit Todesfolge auf dem Gewissen, und sie ist der Mörder der sogenannten Selbstmörder und deren Opfer, die aus der Welt gegangen sind, weil sie neben all den Schätzen, die drauf und ab in den Kaufhäusern aufgestapelt sind, zum Verhängen verurteilt waren. Und diese Schätze sind das Werk der Arbeitenden, der Darbenden und der Selbstmörder.

Und trotzdem in Deutschland Tag für Tag zirka 1700 Unfälle passieren und trotzdem jeden Tag zirka 20 Arbeiter durch Unfall getötet werden, hat das Reichsarbeitsministerium einen „Arbeitschutzgesetzentwurf“ herausgebracht, in dem der Achtstundentag beseitigt ist. Der Entwurf wimmelt von Ausnahmen bezüglich der Arbeitszeit für erwachsene Arbeiter, für Arbeiterinnen und für Jugendliche. Und mögen in den Betrieben täglich Tausende getötet werden, die Überstundenhege muß weitergehen zugunsten derer, die nie zu sättigen sind, die Milliarden wollen, wenn sie Millionen haben, und die Billionen wollen, wenn sie Milliarden haben. Mögen sich täglich in allen Städten Deutschlands noch so viele Arbeitslose aufhängen oder auch sich und ihre Familien aus Not töten, die Überstunden- und Überschichtenshuferei muß weitergehen, so will es die heutige Wirtschaftsordnung, so will es die herrschende Gesellschaft, so will es der Kapitalismus und so wollen es deshalb auch deren Vertreter in Parlament und Regierung.

Die herrschende bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft macht sich als Majorität im Parlament die Gesetze, ihr Recht, so wie sie sie brauchen. Also macht sie auch das Überstundenwesen zu einer gesetzlich-rechtlichen Einrichtung, und sie ist dann stets im Recht, mag sie auch der Schuldige sein an all den Unfällen und den durch Unfall Getöteten, mag sie auch der Schuldige sein an all den aus Not zu Selbstmördern Gewordenen.

Die herrschende Gesellschaft und insbesondere die Unternehmer selbst haben kein Recht, zu betonen, die Arbeiterschaft wolle „freiwillig“ Überstundenarbeit leisten. In der vorigen Nummer des „Proletariers“ haben wir bereits die in dieser Behauptung liegende Unwahrheit bloßgelegt. Wir behaupten: Es gibt überhaupt keine freiwillige Überstundenarbeit. Wenn auch der auf die Arbeiterschaft ausgeübte Zwang nicht immer offensichtlich ist, indirekt liegt er vor. Wird der Zwang nicht persönlich oder rechtlich ausgeübt, so liegt er wirtschaftlich — übrigens in den meisten Fällen — vor, entweder direkt oder indirekt.

Die Arbeiterschaft trägt die hier besprochenen nachteiligen Folgen der Überarbeit ganz allein. Sie hat ihre Gesundheit oder das Leben auf dem Altar des kapitalistischen Systems zu opfern. Frauen und Kinder der Arbeiterklasse leiden unter den Folgen der Unfälle ihrer Ernährer. Die Arbeitnehmerschaft leidet selbst am meisten unter der durch die Überstundenwirtschaft verschlimmerten Arbeitslosigkeit. Der Arbeiterklasse gehören vorwiegend die Selbstmörder an, die infolge der Arbeitslosigkeit ihrem Leben ein Ziel setzten. Wenn das aber so ist, dann ist es ganz selbstverständlich, daß die Arbeiterschaft dem Überstunden- und Überschichtensunfug entgegenarbeitet. Das kann sie dadurch, daß sie auch den Schein vermeidet, als seien ihr Überstunden willkommen. Den Kampf gegen das Überstundenwesen aktiv zu führen, wird im allgemeinen am besten gesehen durch die gewerkschaftliche Organisation. Aber die Arbeiterschaft darf nicht bloß von den Gewerkschaften fordern, sondern Arbeiter und Arbeiterinnen

müssen Mitglieder der Gewerkschaften sein. Auch die Betriebsräte müssen, soweit es in ihrer Macht liegt, gegen Überstunden und Überschichten Front machen. Das können sie mit Erfolg natürlich auch nur, wenn die Arbeiterschaft hinter ihnen steht. Das wird der Fall sein, wenn über die klassenschädlichen Folgen der Überarbeit genügend Klarheit herrscht. Diese gilt es zu verbreiten. Immer wieder muß der Arbeiterschaft der Zusammenhang klar gemacht werden:

Überstunden, Überschichten, Übermüdung, Unfälle, Verletzte, Tote, Not der Familie.

Überstunden, Überschichten, Arbeitslosigkeit, Krankheit, Not, Verzweiflung, Mord, Selbstmord. Also gegen Überarbeit; für soziale Wohlfahrt.



### Die Produktion in Rußland.

Die kommunistischen „Führer“ in der Berliner Münzstraße bilden sich immer noch ein, die Zerstörung des Verbandes der Fabrikarbeiter könnte ihnen gelingen. Diese Tatsache veranlaßt uns, einmal die russischen Arbeitsverhältnisse einer Prüfung zu unterziehen. Zu diesem Zwecke ist es notwendig, einen Blick auf die russische Industrie zu werfen.

Zustand der Produktionsmittel. Darüber gibt in einem Bericht über die russische Papier- und Druck-Industrie die Nr. 91 der „Papierszeitung“, Jahrgang 1926, Auskunft. Es heißt da in bezug auf die technischen Einrichtungen der Druckereien:

Der Stand der technischen Einrichtungen der Druckereien wird dadurch charakterisiert, daß man rund 55 Zeitungen in rund 8 Millionen Exemplaren täglich erscheinen läßt, jedoch nur 135 Rotationsmaschinen zur Verfügung hat. Diese Ziffern beziehen sich auf die gesamte Sowjetunion. Der rote Lenkturn, der insgesamt täglich rund 1,3 Millionen Zeitungsexemplare, allerdings nur im Umfang von sechs Seiten, zu liefern hat, verfügt über nicht mehr als vier Swillings-Rotations- und einige 20 Setzmaschinen. Zu diesem offensibaren Mangel an Maschinen kommt noch deren Mannigfaltigkeit. Die 37 Flachdruckpressen der Moskauer Druckerei „Der rote Proletarier“ gehören zehn verschiedenen Systemen an. In der Provinz sieht es noch viel schlimmer aus. Moderne Druckerei-Hilfsmaschinen, Buchbinder-Maschinen sind fast unbekannt. Die Herstellung von Klischees geschieht in der aller primitivsten Weise. In Kasan sah der Verfasser in der besseren der beiden am Platze befindlichen Zinkographien nur einen einzigen Raster im Gebrauch. Alle Filter und andere Rasterstärken waren abhanden gekommen. Trotzdem stellte man Dreifarben-Drucke her, wofür die Klischees mit der Hand bearbeitet wurden. Die gesamte Ausrüstung der graphischen Produktion ist älter als 15 Jahre. Erneuerungen und Ersatz sind fast überhaupt nicht erfolgt. Moderne Druckverfahren, wie Offset- und Tiefdruck, sind noch nicht eingeführt. Trotzdem wird von den Druckereien quantitativ sehr viel verlangt.

Diese verwaahrlosten technischen Zustände werden sowjetamtlich auch für andere russische Industriezweige bestätigt. Dafür einige Beispiele, die auch die Ursachen dieser technischen Rückständigkeit etwas begründen:

Die Hüttenindustrie, die gerade wie die Erzindustrie besonders stark unter dem Bürgerkrieg gelitten hatte, da ihre wichtigsten Produktionszentren mehrfach vom Feinde besetzt waren, zeigt in den letzten Jahren eine stark aufsteigende Linie der Entwicklung. Unglücklicherweise waren gerade die beiden für die Erzindustrie wichtigsten Gebiete am längsten allen Wechselfällen des

Bürgerkrieges ausgesetzt; die weißgardistischen Banden, die diese Bezirke mehrfach besetzt hielten, vernichteten systematisch Betriebe und Anlagen, um den Wiederaufbau der Erzindustrie nach Möglichkeit zu erschweren.

Auch das rollende Material war in ungenügender Menge vorhanden und befand sich überdies größtenteils in schlechtem Zustand.

Ein Viertel der vorhandenen Lokomotiven war bereits über 20 Jahre alt. Während in Amerika eine Lok in der Regel ein Alter von 12 Jahren erreicht, galten in Rußland 25 Jahre als das normalerweise zu erreichende Alter. Demnach können also nur drei Viertel des vorhandenen Lokomotivbestandes als dienstfähig angesehen werden.

Die technische Ausstattung der russischen Bahnen ließ ebenfalls viel zu wünschen übrig. Die Signaleinrichtungen waren mangelhaft, es fehlte an Lokomotivschuppen, Drehscheiben, Güterschuppen und Ladevorrichtungen, und besonders störend wirkte die ungenügende Ausstattung der Eisenbahnwerkstätten.

Diese amtlich zugegebenen Beispiele verlotterter Zustände könnten beliebig auch auf die übrigen Wirtschaftszweige Rußlands ausgedehnt werden.

### Die Rationalisierung der Industrie.

Unter solchen Umständen bleibt natürlich auch den Diktatoren des Proletariats kein anderer Ausweg als der der Produktionshebung und -förderung, also der Rationalisierung. In Deutschland wollen die Kommunisten bekanntlich die Rationalisierung bekämpfen, sie wissen nur nicht wie. Rationalisierung ist volkswirtschaftlich nur zu verantworten und sozial zu rechtfertigen, wenn sie gleichzeitig die Vorbedingungen schafft zur Aufnahme der erhöhten Produktion, also die Kaufkraft des Volkes erhöht durch Zahlung ausreichender Löhne und die Arbeitslosen in den Produktionsprozess einspannt durch Verminderung der Arbeitszeit.

Ob diese Verpflichtungen in Rußland erfüllt werden, darauf kommen wir noch zurück. Jedenfalls würden unseren Moskauagläubigen die Augen übergehen, wenn sie am eigenen Leibe fühlen müßten, mit welcher Energie — trotz der bereits geschilderten technischen Rückständigkeit der Industrie — die Diktatoren des Proletariats in dieser Frage zu Werke gehen.

Lassen wir auch hier die amtlichen Angaben sprechen:

Bessere Ausnutzung der bestehenden und Inbetriebnahme stillgelegter Fabriken, Neuerrichtung großer Werke, Verbesserung der Arbeitsmethoden und der Organisation, Steigerung der Produktivität der Arbeit, Zunahme der Zahl der Beschäftigten, Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft — das sind die Merkmale, die die industrielle Lage der Sowjetunion zu Beginn des Wirtschaftsjahres 1925/26 kennzeichnen.

Während in den letzten Jahren der Revolution die jährliche Produktionszunahme zwischen 1 und 12 Prozent schwankte, bewegte sie sich in den letzten Jahren zwischen 30 und 53 Prozent.

Im Jahre 1924/25 hat die Produktion demnach im Vergleich zum Vorjahre um 61 Prozent zugenommen; seit 1921/22 hat sie sich verdreifacht.

Wo bleibt da der Unterschied zwischen der „Sozialistischen Sowjetunion“ und den übrigen kapitalistischen Staaten in der Frage der Rationalisierung? Vielleicht können uns die Leute aus der Münzstraße in Berlin diese Frage beantworten!

Betrachten wir nur noch kurz die Produktionssteigerungen in den russischen Industriezweigen, für die unser Verband in Deutschland zuständig ist:

**Erdölverarbeitung.** Die Rohölverarbeitung, die im Wirtschaftsjahr 1924/25 im Vergleich zum Vorjahre um 31 Prozent zugenommen hat, ist bezeichnend für die Gesamtlage der Erdöl verarbeitenden Industrie.

**Zorggewinnung.** Wenngleich im Jahre 1925 ein Stillstand in dieser Entwicklung eingetreten ist, übersteigt seine Produktion die des Jahres 1915 um 76,6 Prozent.

**Salzgewinnung.** Die Produktion 1922/23 war sehr bedeutend, sie betrug 1.027.026 Tonnen, was einer Zunahme von 30,3 Prozent gegen das vorhergehende Jahr bedeutet.

**Chemische Industrie.** Die chemische Industrie hat sich in den letzten Jahren ebenfalls günstig entwickelt. Ihre Gesamtproduktion ist 1923/24 um 29,1, 1924/25 um 107,9 Prozent gestiegen.

**Pharmazeutische Industrie.** Am schnellsten entwickelte sich die Produktion der pharmazeutischen Industrie. Sie erreichte 1924/25 491 Prozent ihres Standes von 1922/23, sie hat also in diesen zwei Jahren ihre Produktion nahezu verfünffacht.

**Benzol-, Anilin- und Lackfarbenindustrie.** In der gleichen Zeit (wie die pharmazeutische Industrie) stieg die Produktion der Benzol- und Anilinindustrie um 313,5 Prozent, der Anilinindustrie um 294 Prozent und der Lackfarbenindustrie um 285,5 Prozent.

**Gummi-Industrie.** Trotz des Rückganges im Jahre 1923/24 hat die Produktion der Gummi-Industrie im Jahre 1924/25 ihren Stand von 1922/23 weit überschritten — ihrem Gesamtwerte nach um 157,5 Prozent. Die Produktion von Gummischuhen erreichte 154,6 Prozent ihres damaligen Standes, pneumatische Artikel wurden 74,2 Prozent mehr produziert als 1922/23 und die Herstellung technischer Artikel übertraf die des Vorjahres um volle 153,7 Prozent.

**Zündholzindustrie.** Die Produktion betrug (von 1923/24 bis 1924/25) im letzten Jahre 80 Prozent, nachdem bereits im Vorjahre eine Zunahme von 30 Prozent eingetreten war.

**Keramische Industrie.** Die Silikatindustrie hat sich in den beiden letzten Jahren hauptsächlich infolge der Wiederbelebung des Baumarktes

sehr stark entwickelt. Ihre Gesamtproduktion hat im Jahre 1924/25 gegen das Vorjahr um 89,2 Prozent zugenommen. Dem Werte nach hat die Gesamtproduktion der Zementindustrie im Jahre 1923/24 um 72,4 Prozent und 1924/25 um 97 Prozent zugenommen.

Die Gesamtproduktion der Glasindustrie betrug 1922/23 70 488 Tonnen und bewertete sich zu Vorkriegspreisen berechnet auf 7 856 000 Rubel; im Jahre 1923/24 stieg sie der Menge nach um 39,5 Prozent und dem Werte nach um 45,5 Prozent. Im Jahre 1924/25 war die Zunahme noch bedeutender; die Produktion erreichte 184 467 Tonnen - 67,8 Prozent mehr als im Vorjahre - und ihr Gesamtwert betrug 10 436 928 Rubel, was gegen das Vorjahr eine Zunahme von 70 Prozent bedeutet.

Bei einer Zunahme von 30,1 Prozent konnte die Fadeneindustrie (im Jahre 1924/25) das vorjährige Tempo (Zunahme 69,2 Prozent) nicht aufrecht erhalten, während die Porzellanindustrie, deren Produktion eine Zunahme von 78,4 Prozent zeigt, ihr vorjähriges Tempo (Zunahme 36 Prozent) um das Doppelte befehlte.

**Papierindustrie.**

Die Gesamtproduktion der Papierindustrie, die sich 1924/25 auf 47 946 000 Rubel bewertete, zeigt eine ungleich schnellere Entwicklung als die Arbeiterzahl - ihre Zunahme gegen das Vorjahr macht 90 Prozent aus - gegen 1922/23 183,1 Prozent.

Die Produktion war im Jahre 1924/25 am bedeutendsten bei Papier und Pappe (78,8 Prozent und 61,4 Prozent), Halbfabrikate entwickelten sich weit langsamer, ihre Produktion erhöhte sich um 20 bis 54 Prozent.

**Stidustrie.**

Die Produktion zeigt eine stark aufsteigende Tendenz, sie hat sich dem Werte nach im letzten Jahre (1924/25) um 38,2 Prozent erhöht.

**Zuckerindustrie.**

Die Zuckerproduktion betrug, in hundertprozentigen weißen Zucker umgerechnet, im Jahre 1924/25 407 798 Tonnen, um 16,1 Prozent mehr als 1923/24, dessen Produktion 351 344 Tonnen ausmachte, und um 135,4 Prozent mehr als 1922/23, das eine Zuckerproduktion von 173 261 Tonnen aufwies.

Die Rationalisierungsbemühungen sind in den übrigen Industrien die gleichen. Im nächsten Artikel werden wir uns mit dem Anteil der russischen Arbeiterschaft an der Rationalisierung der Sowjetdiktatoren beschäftigen. G. Stähler.

**Aus der Industrie**

**Chemische Industrie**

**Zur Arbeitszeit in der mitteldeutschen Braunkohlenindustrie.**

In der Nummer 49 des „Proletarier“ vom 4. Dezember 1926 wurde die Kündigung des Arbeitszeitabkommens für die mitteldeutsche Braunkohlenindustrie durch die vertragsschließenden Arbeitnehmerverbände zum 31. Dezember 1926 mitgeteilt. Die Kündigung wurde ausgesprochen, weil nach unserer Auffassung die Voraussetzungen, die im Dezember 1923 zur Verlängerung der Arbeitszeit führten, heute nicht mehr vorhanden sind und weil die längere Arbeitszeit nach dem Wortlaut des Schiedsspruches nur eine vorübergehende Maßnahme sein sollte. Bei den Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband am 16. Dezember 1926 verlangten die Unternehmer, wir sollten einer Verlängerung des damals beschlossenen Abkommens für die Zeit von 6 Monaten zustimmen. Die von uns gestellte Frage, ob die Arbeitgeber dann bereit sein werden, über eine Verkürzung der Arbeitszeit zu verhandeln, wurde ausweichend beantwortet.

Bei der gegensätzlichen Auffassung ist eine Verständigung nicht zustande gekommen. Da die Unternehmer das größte Interesse an der Beibehaltung der langen Arbeitszeit haben, wurde von ihnen zur Schlichtung der Streitfrage das Reichsarbeitsministerium angerufen. Das Reichsarbeitsministerium war äußerst bemüht, die Streitfrage im Interesse der Unternehmer recht bald zu erledigen. Bereits am 21. Dezember haben Verhandlungen stattgefunden. Diese führten recht oft zu scharfen Auseinandersetzungen. Als unsererseits u. a. auch auf die in letzter Zeit in Erscheinung getretenen hohen Krankenziffern hingewiesen wurde, erlaubte sich Herr Dr. Pfaffschek den Zwischenruf, daß dieses nicht Krankheit, sondern Faulheit bei den Arbeitern wäre. Der vom Reichsarbeitsministerium bestellte Vorsitzende hat diese unerhörte Beleidigung der Braunkohlenarbeiter nicht gezögert, daß diese Äußerung ungerügt ausgesprochen werden dürfte, läßt nach Sabor, tief blicken. Die Braunkohlenarbeiter werden Herrn Dr. Pfaffschek die Antwort auch nicht schuldig bleiben.

Als in den Parteiverhandlungen unter dem Vorsitz eines Vertreters des Reichsarbeitsministeriums eine Einigung ebenfalls nicht erzielt werden konnte, wurde vom Reichsarbeitsministerium eine Schlichterkammer gebildet, die am 23. Dezember getagt hat. Diese fällt an demselben Tage den bereits bekannten und in der Tagespresse genügend kritisierten Schiedsspruch, der einer Verkürzung des Achtstundentages durch das Reichsarbeitsministerium gleichkommt. Im Interesse der Unternehmer wurde dieser Schiedsspruch auch recht schnell, und zwar schon am 30. Dezember für verbindlich erklärt.

In der Begründung zur Verbindlichserklärung wird gesagt, daß gewisse Erleichterungen in der Arbeitszeit vorgesehen seien und daß aus diesem Grunde die Verbindlichserklärung ausgesprochen sei. Die von den Arbeitnehmern geforderte weitere Verkürzung der Arbeitszeit hält das Reichsarbeitsministerium ohne nähere Rechtfertigung der tatsächlichen Verhältnisse nicht für durchführbar. Zur Feststellung und Prüfung der tatsächlichen Verhältnisse ist deshalb der Vorschlag gemacht, eine Untersuchungskommission von Unparteiischen einzusetzen. (Das ist die berühmte weiße Ente, die nichts isst und nichts sagt. Die Red.) Wenn der Vorschlag auch nicht für verbindlich erklärt ist, erstet das Reichsarbeitsministerium die Durchführung dieses Vorschlages für unbedingt erforderlich und erwartet von den Parteien, daß sie sich der Arbeit an dieser Kommission nicht entziehen.

Wenn wir aus von dieser Kommission auch nicht viel erwarten, haben wir doch die Erklärung abgegeben, daß wir grundsätzlich zu Verhandlungen darüber bereit sind.

In dem verbindlich erklärten Schiedsspruch hat nun eine gewöhnliche Konferenz der am Braunkohlenarbeit beteiligten Arbeitnehmerorganisationen Stellung genommen. Die Konferenz tagte am 1. Januar 1927 in Halle und war recht

zahlreich besucht. Nach der Berichterstattung erfolgte eine lebhaft diskussion, an welcher sich hauptsächlich die Funktionäre aus den Betrieben beteiligten. Von allen Diskussionsrednern wurden, entgegen der Auffassung des Reichsarbeitsministeriums, Erleichterungen der Arbeitszeit ganz entschieden bestritten. Mit Erbitterung wurde von dem Schiedsspruch und von dessen Verbindlichserklärung Kenntnis genommen. Wenn man sich auch diesmal dem Zwang fügen will, betrachtet die Konferenz die Arbeitszeitfrage nur als verhängnisvoll um bis zum 30. April 1927 die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, damit dann eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit durchgeführt werden kann.

Einmütig angenommen wurde folgende

**Entscheidung.**

Die am 1. Januar 1927 im Volkspark in Halle a. d. S. tagende Delegiertenkonferenz der am Tarifvertrag für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau beteiligten Organisationen erklärt zu dem vorliegenden Schiedsspruch und dessen erfolgter Verbindlichserklärung:

Die Schaffung eines Zwangsvertrages, wie es in diesem Falle seitens des Reichsarbeitsministeriums geschehen ist, widerspricht allem Gerechtigkeitssinn und Rechtsempfinden. Der Zwangsvertrag vom Dezember 1923 hat nur eine vorläufige förmliche Mehrarbeit über acht Stunden hinaus vor. Wiederholt ist aber in den letzten Jahren durch erfolgte Verbindlichserklärungen von Schiedssprüchen diese vorläufige Mehrarbeit, die zwölfwündige Schichtzeit im Tagebau, verlängert worden. Auch jetzt ist wiederum, entgegen dem Proteste der Gewerkschaften, eine zwangsweise Verlängerung um 4 Monate durch die Verbindlichserklärung verfügt worden.

Wenn auch der Schiedsspruch einige kleine Verbesserungen bringt, so ist in der wichtigsten Frage der förmlichen Verkürzung der Arbeitszeit nichts geändert worden. Die Konferenz erhebt gegen eine solche Art, wie man die vorläufige Mehrarbeit ausdehnt, den schärfsten Protest. Um solchen Diktaten vorzubeugen, fordert die Konferenz die Belegschaften aus, die gewerkschaftlichen Organisationen zu stärken. Starke Gewerkschaften und gewerkschaftlich disziplinierte Mitgliedschaften bringen nicht nur den Arbeitgebern, sondern auch den Behörden eine andere Auffassung bei. Der Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit ist durch die Verbindlichserklärung nur vertagt. Die Konferenz fordert die Mitgliedschaften zu rastloser Agitation während dieser Zeit auf, um nach dem 30. April 1927 eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit durchsetzen zu können.

Für ihre Tätigkeit spricht die Konferenz den Gewerkschaften ihr volles Vertrauen aus und verspricht, mit allen Mitteln für die Stärkung der Verbände zu wirken. Die Konferenz betont ausdrücklich, daß die alleinige Führung in gewerkschaftlichen Streitfragen ausschließlich Aufgabe der Gewerkschaften ist. Sie lehnt jede Einmischung parlamentarischer Parteien entschieden ab.

Kollegen! Nach dem Beschluß der Konferenz ist die Lösung der Arbeitszeitfrage auf vier Monate vertagt. Der Kampf soll dann von neuem aufgenommen werden. Es bedarf wohl keines besonderen Hinweises, daß während dieser Zeit von den Belegschaften nichts unversucht gelassen werden darf, die noch bestehenden Lücken in der Organisation auszufüllen. Nur starke Organisationen bieten die Gewähr dafür, daß der kommende Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit auch erfolgreich beendet wird. Neben den Fabrikarbeitern sind es in erster Linie die Ziegelerbeiter, also die Arbeiter in den durchgehenden Betrieben, die bisher selbst Sonnabends noch keine Verkürzung der Arbeitszeit bekommen haben. Seit drei Jahren haben die Arbeiter in der mitteldeutschen Braunkohlenindustrie die längste Arbeitszeit und müssen sich dafür von Vertretern der Unternehmer der Faulheit bezichtigen lassen. Das ist der Dank der Unternehmer für die geleistete Mehrarbeit. Der Zwischenruf des Herrn Pfaffschek dürfte selbst den indifferentesten Arbeitern Anlaß zum Nachdenken geben. Die beste Antwort auf diese Verhöhnung ist der Eintritt in die gewerkschaftliche Organisation.

**Wie Explosionsunfälle in der chemischen Industrie entstehen.**

Im „Proletarier“ Nr. 28 vom 10. Juli 1926 brachten wir eine Mitteilung, wonach in der Dachpappfabrik von Beer und Söhne in Kalschüren bei Köln der Kessel einer Leerddestillation explodierte, wobei ein Heizer sofort getötet, zehn Arbeiter schwer verletzt wurden und von den Schwerverletzten drei im Krankenhaus verstarben.

Dieses Unglück wird von Dr. Riehm in der „Zeitschrift für angewandte Chemie“ zum Anlaß genommen, auf die Gefahrenursachen hinzuweisen.

In diesem Artikel wird dargelegt, daß die Leerddestillation mit großen Gefahren verbunden ist. Im Klein- wie im Großbetrieb bedarf es eingehender sachgemäßer Überwachung der Destillationsanlagen, weil beim Destillieren in den Rohrleitungen Ablagerungen und Verstopfungen eintreten, die zu Überhitzungen bestimmter Partien der Anlage führen und damit die Ursachen der Explosionen vergrößern und neu schaffen. Um diese Schwierigkeiten zu überwinden, haben sich bestimmte Typen der Destillierblasen herausgebildet. Die Konstruktion wird so gehalten, daß der zu destillierende Leerd in allen Teilen der Blase einen verhältnismäßig niederen Stand hat, damit die durchdringende Wärme keine zu weissen Wege zurückzulegen braucht, weil bei Durchdringung größerer Leerdmassen mit Wärme Luftblasen entstehen, die gewalttätig nach außen drängen und ein Übersäumen des Leerd verursachen, das unter Umständen auch schlimmere Folgen haben kann.

Dr. Riehm sagte in seinem Aufsatz wörtlich:

„Merkwürdigerweise bekennt sich unsere Staatsverwaltung nicht daran, ob bei Leerddestillationen wissenschaftlich gebildete Männer die Leitung ausüben, die allein imstande sind, die wuchernde Gefahren sowohl der Anlage als auch des Betriebes zu überblicken. Der Handwerksmeister muß eben die Verantwortung übernehmen, die Erkenntnis zur Errichtung einer Destillation dagegen wird rein sachlich erteilt, wenn die Anlage den gewerblichen Vorschriften (welchen?) entspricht und keine öffentlichen Interessen verletzt werden.“

Es wird dann in dem Artikel darauf hingewiesen, daß die weissen Gefahrenmomente in den kleinen Leerddestillationen der Dachpappfabriken, welche die Destillation nicht bis auf Verdunstungsstand durchführen, vorhanden sind. Außerdem fehlt den Leitern dieser Betriebe, oftmals Dachdeckermeistern oder Kaufleuten, die nötige technische Vorbildung zur Führung eines solchen Betriebes. Darin liegen die größten Gefahren.

Das ist dieselbe Ansicht, die wir immer wieder geäußert haben. Die Gefahrenmomente werden von den Unternehmern nicht immer erkannt. Zum Schutze des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter müssen also in chemischen Betrieben die strengsten Sicherheitsmaßnahmen verlangt und durchgeführt werden. Eine danernde Beaufsichtigung solcher Betriebe durch die Behörden ist unerlässlich. G. Haupt.

**Explosion in der chemischen Fabrik Schering (Berlin).**

Im Versuchslaboratorium der Firma Schering in der Mülnerstraße in Berlin explodierte am 29. Dezember ein Druckkessel, wobei der in der Nähe befindliche Chemiker Dr. Bach so schwer verletzt wurde, daß er ins Krankenhaus übergeführt werden mußte.

Nach unserer Information hat Dr. Bach in dem Versuchslaboratorium bei Schering Versuche mit Ammoniumnitrat im Auftrage der Firma Bergemann, Elektrizitätsgesellschaft, vorgenommen. Der kleine Druckkessel war mit Ammoniumnitrat und anderen Chemikalien befüllt und wahrscheinlich mit Überdruck belastet, trotzdem er auf 20 Atmosphären geprüft war. Durch diesen Überdruck wurde er zur Explosion gebracht. Die Firma Chemische Fabrik Schering hat mit dem Vorgang nur insoweit zu tun, als sie Eigentümerin des Laboratoriums ist. Die Arbeit wurde von einem betriebsfremden Chemiker im Auftrage einer fremden Firma durchgeführt. G. Haupt.

**Explosion in der Zerbster Zelluloidwarenfabrik von Gebr. Wachtel, Zerbst in Anhalt.**

Am Dienstag, dem 4. Januar 1927, fand in der Zerbster Zelluloidwarenfabrik von Gebr. Wachtel eine schwere Explosion statt. Anscheinend durch Funkenbildung einer Zelluloidfräsmaschine entzündeten sich Abfallreste des Zelluloids. Durch die entstehenden Stichflammen wurden zwei Arbeiter leicht und einer schwer verletzt. Der Kollege Vogt ist seinen schweren Verletzungen erlegen.

**Auslandsmeldungen über den Kall- und Farbentrust.**

Während die deutsche Öffentlichkeit über die Pläne der Trustgemaligen möglichst lange im Dunkel gehalten und immer vor vollendete Tatsachen gestellt wird, hört man in der ausländischen Presse, welche die Umwälzung in der deutschen Industrie mit lebhaftem Interesse verfolgt, Meldungen über bevorstehende Änderungen von großer Tragweite. Die Nachprüfung dieser Berichte auf ihre Richtigkeit ist bei der Schwermut der deutschen Konzerne nicht möglich. So meldet der englische „Daily Herald“ die bevorstehende Gründung eines internationalen Kallitrusts, der neben den deutschen Großkonzernen auch die französische Kallindustrie einschließen und mit englischem Kapital finanziert werden soll. Auch will dieses Blatt von einer Vereinbarung des zu schaffenden Kallitrusts mit dem Farbentrust, mit welchem er sich sogar mit der Zeit verschmelzen sollte, wissen. Diese Meldung erregt ohne Zweifel den Laifachen voraus; vorläufig stehen der Schaffung des deutschen Kallitrusts noch manche Hindernisse im Wege, in erster Linie die kürzlich erfolgte Erhöhung der Kallipreise. Durch diese vollkommen unbegründete und unbedingte Maßnahme wird den Kallmagnaten ein Mehrertrag von etwa 20 Millionen Mark in den Schoß geworfen, wodurch sie von dem Zwang eines beschleunigten Zusammenschlusses befreit werden. Andererseits wird die Erwerbung der Aktienminorität des Wintershallkonzerns durch den früher im feindlichen Lager stehenden Burbach-Konzern als ein Ereignis angesehen, das zur Förderung der Vertrustung in der Kallindustrie geeignet sei. - Die angelegene englische Zeitschrift „Statist“ führt die gewaltige Kurssteigerung der Farbentrustaktien bis zum Monat November auf die Käufe des amerikanischen Petroleumtrusts Standard Oil zurück, dessen „Einbruch“ es nach der Meldung des „Statist“ gelang, eine maßgebende Beteiligung an dem Aktienvorrat des Farbentrusts zu gewinnen. Man war von diesen Aktienkäufen des Standard Oil, die mit dem Verfahren zur Kohlenverflüchtigung - Ölgeminnung aus Kohle - zusammenhängen, unterrichtet. Der amerikanische Trust wollte sich durch diese Käufe für die eventuellen Schäden infolge seiner zukünftigen Verdrängung vom deutschen Absatzmarkt schadlos halten, wenn nicht sogar der Ausnützung des neuen Verfahrens zur Ölgeminnung aus Kohle durch seinen Einfluß Schranken setzen. Über das wirkliche Ausmaß dieser Käufe ist aber die deutsche Öffentlichkeit nicht im Bilde. Dem „Statist“ zufolge ist der starke Kursrückgang der Farbenaktien auf das Scheitern der Verhandlungen zwischen dem Farbentrust und dem Standard Oil, welche eine Vereinbarung in der Frage der Ölgeminnung aus Kohle zum Ziele hatten, zurückzuführen.

**Zusammenschluß in der Superphosphatindustrie.**

In der Generalversammlung der Chemischen Produktionsfabrik Pommerensdorf, A.-G., in Stettin wurde im Juli v. J. beschlossen, eine Interessengemeinschaft mit der Chemischen Fabrik Milch in Oranienburg einzugehen. Es wurde der Verteilungsschlüssel erwarteter Gewinne wie auch für das zu beschaffende Aktienkapital festgelegt. Außerdem wurde eine Dachgesellschaft mit dem Sitz in Berlin gegründet, die die einheitliche Leitung und Verwaltung der Betriebe und den gemeinschaftlichen Vertrieb der hergestellten Erzeugnisse zu übernehmen hatte.

Rummel soll die Interessengemeinschaft durch eine enge Fusion der Fabriken chemischer Produkte in Pommerensdorf, Chemische Fabrik Milch in Oranienburg und Chemische Werke vorm. P. Kömer u. Co. in Riesa a. d. Saale ersetzt werden. Es ist in Aussicht genommen, nach dem Zusammenschluß auch die Firma Union, A.-G., Chemische Fabrik in Stettin, mit zu erfassen. Die Union-A.-G. soll die aufnehmende Gesellschaft werden. Dementsprechend müßte sie ihr bisheriges Aktienkapital von 6,15 Millionen Reichsmark auf 12 Millionen Reichsmark erhöhen. Es handelt sich ausschließlich um chemische Fabriken mit vorwiegend Düngstoffproduktion. Ob durch diesen Zusammenschluß die Phosphorabwärfabriken wieder lebensfähig gemacht werden können, muß abgewartet werden. G. Haupt.

**Kapitalerhöhung bei Gehe u. Co., Dresden.**

Die Chemische Fabrik Gehe u. Co., A.-G., in Dresden hat in den letzten drei Jahren Dividende nicht verteilen können. Rummel wird bekannt, daß eine Kapitalerhöhung geplant ist ohne Angabe, in welcher Höhe. Bemerkenswert ist, daß der Kurs der Aktien der bisher mit Verlust arbeitenden Firma vor der Kapitalerhöhung nach der Deutschen Bergwerksztg. auf 110 bis 120 heraufgehoben werden soll. Am 2. Januar 1926 stand der Kurs auf 88, am 4. Januar 1927 auf 101. Offenbar werden hier fette Gewinne erwartet. G.

**Papier-Industrie**

Die wirtschaftliche Lage in der Papiererzeugungs-Industrie im Jahre 1926.

**I. Der Geschäftsgang.**

Die Produktionsmöglichkeit der deutschen Papiererzeugungs-Industrie zu Beginn des Jahres 1926 geht am treffendsten aus der Tatsache hervor, daß am 28. Januar 1926 der Verein Deutscher Papierfabrikanten in Berlin eine Zusammenkunft hatte, um zur Frage der Produktionsbeschränkung Stellung zu nehmen. Auf dieser Tagung führte der Geschäftsführer des Gesamtaussschusses der Fachgruppen in der Papierindustrie als Beispiel folgendes an:

Die kürzlich verabschiedeten Fragebogen über den Beschäftigungsgrad sind von 199 Firmen beantwortet worden. 130 Firmen

also weit mehr als die Hälfte, haben in der zurückliegenden Zeit eingeschlossen gearbeitet. Die günstigste Situation war im September, die ungünstigste naturgemäß im Dezember 1926. Während im September 71, im Oktober 81, im November 101 Firmen verkürzt arbeiteten, lag die Zahl im Dezember 1926 auf 124. Die 71 Firmen im September haben mit einer durchschnittlichen Einschränkung von 30 Prozent gearbeitet. Im Dezember belief sich die Betriebsverkürzung im Durchschnitt auf rund 40 Prozent. Den richtigen Einblick gewinnt man indessen beim Vergleich der 30 und 40 Prozent nur dann, wenn man gleichzeitig berücksichtigt, daß die Einschränkung im September 71 und im Dezember 1926 Betriebe betraf. Zuverlässige Erhebungen, die sehr interessant sein müßten, liegen bei der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit leider nicht vornehm. Regelmäßige Papiermaschinenfirmen haben in 92 Fabriken stattgefunden. Betroffen wurden insgesamt 181 Maschinen. Die Gesamtzahl der Papiermaschinen betrug Ende 1924 792 in 356 Betrieben.

Der Auftragsbestand reicht bei den 198 Firmen im Durchschnitt für 14 Tage. 22 Firmen melden, daß sie überhaupt keinen Auftragsbestand hätten. Der Durchschnitt der 14 Tage ergibt sich aus der Spanne von 1 1/2 bis 90 Tagen.

So sah nach dem Bericht der Papierfabrikanten der Beschäftigungsgrad zu Beginn des Jahres 1926 aus. Diese Verhältnisse haben sich erst im letzten Quartal des Jahres 1926 wesentlich gebessert. In den letzten Monaten des Jahres wurde die volle Ausnutzung der Betriebe wieder erreicht. Nach dem Lagebericht des Zentralausschusses der Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoff-Industrie für den Monat November 1926 war es möglich, die Produktionskapazität der Papierfabriken zu 92,8 Prozent auszunutzen. Vom Juli 1926 bis November 1926 konnte die tägliche Erzeugung um 10,7 Prozent gesteigert werden. Da es aus rein technischen Gründen nie möglich ist, eine 100prozentige Betriebskapazität zu erreichen, dürfte der für November angegebene Prozentsatz einer normalen Produktionsmöglichkeit der Betriebe entsprechen. Es herrschte also, um einen kaufmännischen Ausdruck zu gebrauchen, flotter Geschäftsgang.

Die Beurteilung, ob der flotte Geschäftsgang der Papierfabriken in den Monaten November und Dezember 1926 lediglich auf das Weihnachtsgeschäft zurückzuführen ist, ist außerordentlich schwer, um so mehr als nach dem oben genannten Bericht des Zentralausschusses von Juli bis November 1926 die Papierausfuhr um 17,3 Prozent zurückgegangen ist.

Einen erheblichen Anteil an dem flotten Geschäftsgang in den letzten Monaten des Jahres 1926 dürfte zweifellos die Weihnachtswerbung einnehmen. Eine gute Stichprobe hierfür liefert die „Papierzeitung“ in ihrer Nummer 103, Jahrgang 1926. Sie bringt eine Zusammenstellung über einen Teil der Berliner Tagespresse am Sonntag, dem 19. Dezember 1926. Danach hatten die nachfolgenden Zeitungen folgenden Umfang:

Name der Zeitung	Seltenszahl	Textseiten	Anzeigenseiten	
			große	kleine
Total-Anzeiger	68	23	81 1/2	13 1/2
Morgenpost	60	18 1/2	33 1/2	8
Tageblatt	56	18 1/2	85 1/2	2
Der Tag	28	16 1/2	11 1/2	—
Deutsche Tageszeitung	24	15 1/2	8 1/2	—
Germania	20	11	9	—

Ebenso schwer ist auch die Beurteilung, ob der flotte Geschäftsgang zu Ende des Jahres 1926 auch im neuen Jahre anhält. Heino Castorf, der ehemalige kaufmännische Direktor der Patentpapierfabrik Penig, steht in dieser Frage ziemlich optimistisch, wenn er in seinem Artikel „Sur Wirtschaftslage Jahresende 1926“ im „Wochenblatt für Papierfabrikation“ Nr. 52/1926 u. a. schreibt:

Die Anzeichen der Besserung mehrten sich in neuerer Zeit denn auch insofern, als die Bestellungen aus dem Inlande wieder reichlicher hereinkommen, wenn freilich auch die Absatzmöglichkeiten noch nicht ausreichen, die in der Nachkriegszeit gesteigerte Produktionsfähigkeit voll auszunutzen. Um die noch beachtenswerten Auslandsaufträge noch beschaffen zu können, muß ein außerordentlich scharfer Wettbewerb auf Kosten der so schon zu meist unzulänglichen Exportpreise stattfinden. Jedenfalls aber können, was die Maschinenbestellung angeht, die Ausichten auch in der Papiererzeugung wieder hoffnungsvoller begründet werden, als noch kurze Zeit zuvor.

**Die Rentabilität im Jahre 1926.**

Geschäftsgang, Preisgestaltung und Absatzmöglichkeiten bilden die Grundlage zur Rentabilität einer Industrie. Einen guten Gradmesser der Rentabilität innerhalb einer Industrie bildet weiterhin die Dividendenpolitik der Aktiengesellschaften. Nach Heino Castorf gestaltete sich die Dividendenanschüttung der Aktiengesellschaften, deren Geschäftsjahr in der Mitte des Jahres 1926 endete, folgendermaßen:

Zahl der Unternehmungen	Aktienkapital in M.	Ausgeschüttete Dividende	
		in M.	in %
7	9 709 000	—	0
2	1 410 000	66 400	4
2	2 825 000	116 250	4
1	3 600 000	262 000	7
4	11 850 000	956 000	8
2	8 828 000	332 800	10
2	9 994 500	1 199 340	12
20	42 316 500	2 912 790	6,88

Nicht eingeschlossen in diese Dividendenberechnung sind jene Aktiengesellschaften der Papiererzeugungs-Industrie, deren Geschäftsjahr in der zweiten Hälfte und am Schlusse des Jahres 1926 endete. Der Überblick über die Dividendenverteilung ist demnach noch nicht vollständig. Berücksichtigt man aber die Tatsache, daß der Geschäftsgang in der zweiten Hälfte des Jahres 1925 und in der ersten Hälfte des Jahres 1926 ein außerordentlich flauer war, so dürfte das Geschäftsergebnis der Aktiengesellschaften, deren Geschäftsjahr in der zweiten Hälfte bis zu Ende des Jahres 1926 abläuft, unter allen Umständen nicht ungünstiger sein. Gegenüber dem Vorjahre ist die Durchschnittsdividende der oben verzeichneten 20 Aktiengesellschaften von 6,50 auf 6,88 Prozent gestiegen.

Die Dividendenanschüttung bildet selbstverständlich noch keinen genauen Überblick über den wirklich erzielten Reingewinn, da bei dieser Zusammenstellung die zu Abschreibungen, Rückstellungen usw. verwandten Summen nicht zum Ausdruck kommen.

Matthys a. b. Ober, Der Schlußsatz des Artikels: „Arbeit für den Staatsanwalt“ in Nr. 1 des „Proletariats“ paßt auf die in Matthes befindliche Zellulosefabrik. Die Zustände sind hier noch schlimmer als in Feldmühle. Erst vor kurzem ereignete sich ein schwerer Unfall. In einem Kocher waren 4 Mann mit Reparaturen beschäftigt. Ohne sich zu überzeugen, ob noch Leute in dem leeren Kocher waren, wurde einfach Dampf in den Kocher gelassen. Die Folge war, daß ein Arbeiter schwer verbrüht wurde. Im Betriebe herrscht ein Antreiberstystem wie noch nie zuvor. Überstunden werden verlangt bis zum Zusammenbruch der Arbeiter. Früher wurde bei der Arbeiterkraft gefragt, wer an den Feiertagen arbeiten will; jetzt wird das einfach angeordnet. So war es Weihnachten 1926 wieder. Eine Kolonne war zu Hilfsarbeiten bei den Monteuren bestellt. Als nach 24 Stunden einige Leute nach Hause gehen wollten, da sagte der Maschinenmeister Schmidt, das ginge nicht, denn die Leute seien doch auf 36 Stunden bestellt. Tatsächlich ließ sich dann auch einer einschleichen und arbeitete 34 Stunden. Wenn Strafen festzulegen sind, dann weiß auch die Betriebsleitung, daß es im Betriebe einen Betriebsrat gibt. Bei der Feststellung von Überstunden, bei Änderung der Arbeitsordnung bedient man sich selber. Es könnte nichts schaden, wenn sich die Betriebsleitung einmal den § 120 b der GewO. ansehen würde. Es ist wohl ein Raum zur Einnahme der Speisen vorhanden; der ist aber zu klein, und die Mehrzahl der Arbeiter zieht es vor, auf der Arbeitsstelle zu essen. Ein Raum zum Umkleiden fehlt. Da die Mehrzahl der Beschäftigten weit über eine Stunde zu laufen hat, ist es bei der nassen Witterung sehr gesundheitschädlich, in den nassen Sachen zu arbeiten. Auch der Lohn in der Umzugsform könnte etwas verbessert werden, denn schließlich sind die Arbeiter auch Menschen. Die Kollegen sind aber auch nicht ganz unschuldig an den heutigen Zuständen. Etwas mehr Mannesmut, und manches würde bald geändert sein.

**Koholyt-Akt.-Ges.**

Der Berichterstatter der „Industrie- und Handelszeitung“ weiß am 27. Dezember 1926 zu melden, daß deutsche Angebote an der Harrison-Konzern zum Rückkauf der Koholyt-Aktien vorliegen.

Nach Mitteilungen des Berichterstatters hat die Inveresk Paper Comp. fernerzeitlich von 22 000 Koholyt-Aktien 21 000 zum Werte von 781 460 Pfund Sterling gleich 15 628 600 Mk. übernommen. Die Koholyt-Aktien wurden an die zum Harrison gehörige Holding Comp. International Publ and Chemical Comp. Ltd. verkauft. Die Inveresk Paper Comp. behielt für sich lediglich das Stammkapital in der Höhe von 400 000 Pfund Sterling gleich 8 000 000 Mk. Diese Aktien besitzen das alleinige Stimmrecht, wodurch der Harrison-Konzern in der Lage ist, die Kontrolle über die Koholyt-Aktiengesellschaft auszuüben.

Die deutschen Angebote sollen nun dahin zielen, diese Stammaktien wieder in die Hand zu bekommen, um damit die Kontrolle wieder in deutsche Hände zurückzuführen.

Nach Mitteilung des Berichterstatters soll Harrison eine Summe von 85 000 000 Mk. und weiterhin gefordert haben, daß sich der Käufer der Koholyt-Aktiengesellschaft auf mindestens 10 Jahre verpflichtet, die englische Harrison-Gruppe unter Zugrundelegung der in England maßgebenden Preise mit Zellstoff zu beliefern. Harrison schätzt den jetzigen Wert des Koholytbestandes mit über 3 000 000 Pfund Sterling oder über 60 000 000 Mk. Nach Auffassung des Berichterstatters der I. u. H. dürfte durch diese Forderung Harrisons der Rückkauf der Koholyt-Aktiengesellschaft durch Deutschland verhindert werden.

Bemerkenswert an dieser Meldung ist besonders die Tatsache, daß der Harrison-Konzern in der kurzen Zeit seines Besitzes der Koholyt rund 300 Prozent des damaligen Kaufpreises zu verdienen gab.

Der Berichterstatter der I. u. H. stellt weiter mit, daß die Pergamentpapierfabrik Oberlahnstein und die Zellstoffwerke, L. G., Regensburg der Inveresk Paper Comp. direkt angehören und infolgedessen mit dem Verkaufsangebot der Koholyt-Aktiengesellschaft nicht in Verbindung stehen.

**Nahrungsmittel-Industrie**

**Rationalisierung in der Konserven-Industrie.**

Unter diesem Titel bringt Herr Dr. Tiegs in der „Konserven-Industrie“ Nr. 52 einen längeren Artikel, der auch für die Arbeiterchaft einiges Interesse hat. Nach einer kurzen Einleitung über den Begriff der Rationalisierung heißt es:

Der Zusammenschluß aller uns verbliebenen Kräfte mit dem Zweck, sie möglichst rationell zu verwerten, bedeutet ein volkswirtschaftliches Prinzip, das die Allgemeinheit angeht und nicht etwa nur den einzelnen, die Privatwirtschaft, den Produzenten. Rationalisierung ist mehr als eine bloße Verbesserung der Methoden der Fabrikation und des Absatzes, denn sie soll der ganzen Wirtschaft dienen, also auch den Verbrauchern. Das heißt nichts weiter, als daß durch geeignete Maßnahmen die Einstandspreise heruntergedrückt und damit auch die Verkaufspreise verbilligt werden sollen.

Mit diesem Ziel wird der Zweck und die volkswirtschaftliche Bedeutung der ganzen Rationalisierung deutlich: die billigere Produktion soll ermöglichen, daß neue Käuferkreise auftreten, daß also der Absatz größer wird; der vergrößerte Absatz soll automatisch eine erhöhte Produktion nach sich ziehen. Dieses Programm mit also die Erhöhung des Absatzes und der Produktion — das entscheidende Moment! — durch eine Erhöhung der realen Löhne herbeiführen. Im Gegensatz hierzu geht das bekannte Programm der Gewerkschaften darauf hinaus, das gleiche Ziel, also die Erhöhung der Kaufkraft der Massen, durch Steigerung der Nominallöhne auf Kosten der Betriebe zu erreichen.

Auf die kürzeste Formel gebracht, heißen diese Ausführungen weiter nichts als Durchführung der Rationalisierung im Interesse der Allgemeinheit und nicht im Interesse des einzelnen. Dem können wir durchaus zustimmen. Wenn im Schlußsatz versucht wird, es so darzustellen, als wollten die Gewerkschaften auf alle Fälle eine Erhöhung der Nominallöhne, so ist das nur bedingt richtig. Die Gewerkschaften fordern doch nur deshalb eine Erhöhung der heutigen Löhne, weil diese den heutigen Preisen nicht entsprechen und weil trotz weitgehender Rationalisierung von einem Preisabbau nichts zu spüren ist.

Wird die Rationalisierung praktisch so durchgeführt, wie hier theoretisch dargelegt, dann ist es den Gewerkschaften durchaus recht, wenn der Wert der Löhne durch Preisermäßigung nominell steigt. Praktisch wirkt eine Preisermäßigung bei gleichbleibenden Löhnen für die Arbeiterchaft genau so wie eine Lohnhöhung bei gleichbleibenden Preisen. Leider wirkt sich die Rationalisierung in der Praxis nicht so aus, wie sie es nach Dr. Tiegs sollte. Im Gegenteil, auch heute benutzen die Kapitalisten noch jede Gelegenheit zu einer Preisermäßigung. Es sei hier nur an das Vorgehen des Braunkapitals bei Erhöhung der Biersteuer erinnert. Solange aber die Löhne den bestehenden Preisen nicht entsprechen und solange noch jede Gelegenheit zu einer Preisermäßigung ausgenutzt wird, Preisherabsetzungen aber durch Kartelle usw. verhindert werden, so lange bleibt der Arbeiterchaft nur die Möglichkeit, durch Lohnhöhungen einen Ausgleich für die Teuerung zu erstreben.

Dr. Tiegs unterscheidet dann zwischen technischer Rationalisierung und Rationalisierung des Absatzes. Er empfiehlt weitestgehenden Austausch betrieblicher Erfahrungen, wodurch eine gewisse Normierung und Typisierung eintreten könne. Dieses sei für die Konserven-Industrie namentlich hinsichtlich der Qualität von großem Nutzen. Er sagt:

Zuher acht gehalten werden darf ferner nicht die Erweckung des beruflichen Interesses am Gesamterfolg, das bei den Mitarbeitern eines guten Betriebes durch Betriebspolitik zur Hebung und besseren Rentabilität geweckt und gefördert werden muß. Wenn wir es erreichen, daß durch eine präzisere Auslese der bestgeeigneten, durch eine Schulung der intelligenten Kräfte also durch Anleitung und Unterricht, die Produktion verbessert, andererseits sachliche Strenge gegenüber den Arbeitsbequemern waltet, um Fabrikationsmängel zu beseitigen, so ist das eine weiterer Fortschritt.

Un einer anderen Stelle heißt es dann:

Zum Rationalisieren gehört eine sichere, gleichbleibende — also nicht durch Wummeln gestörte — Arbeitsweise, schließlich auch eine gute Zusammenfassung der miteinander arbeitenden Gruppen auf der Basis reibungsloser Anpassung und menschlicher (also nicht parteimäßiger) Sympathie. Hinzu müssen vor allem auch technisch und erzieherisch geeignete Vorgesetzte kommen, die es gleichzeitig verstehen, sicher und ruhig zu disponieren und ein dauerndes Umdisponieren an den einzelnen Arbeitsstellen der Konservenfabriken zu vermeiden.

Das sind gute Worte, von denen man manches unterschreiben kann. Wenn sich die Arbeitgeber bei ihrer „Betriebspolitik“ darauf beschränken, ihre Arbeiterchaft betriebs-technisch weitgehend zu schulen, dann — das jeder vernünftige Mensch begriffen. Leider ist es aber in vielen Betrieben so, daß der Unternehmer glaubt, nur dadurch die Seele des Arbeiters gewinnen und ihn für den Betrieb interessieren zu können, wenn er ihn aus seiner Organisation oft mit den Mitteln des schlimmsten Terrors herauszwingt und ihn für eine Werksgemeinschaft zu gewinnen versucht. Ist die Werksgemeinschaft dann fertig und die Organisation der Arbeiter zerkürr, dann spielt der Unternehmer mit den Arbeitern wie die Rahe mit der Maus.

Ist die Arbeiterchaft für die Werksgemeinschaft nicht empfänglich, dann redet man von politischer Verheugung, Schmuser und Schmarotzer werden oft im Betrieb bevorzugt; so entsteht der Zustand, daß Arbeiter, die, um mit Dr. Tiegs zu reden, parteipolitisch miteinander nicht sympathisieren, auch im Arbeitsprozeß nicht zusammen harmonisieren können, weil der eine Teil fühlt, daß er für seine Überzeugung im Arbeitsprozeß benachteiligt wird. Will Dr. Tiegs erreichen, daß alle Arbeiter reibungslos im Betrieb zusammenarbeiten, dann muß er dafür eintreten, daß die Unternehmer sich um die organisatorischen Angelegenheiten der Arbeiter nicht kümmern. Man überlasse es den Arbeitern, sich wirtschaftlich zu organisieren, wie es ihnen gefällt, dann wird die Zusammenarbeit in manchem Betriebe besser.

Seute ist es so, daß gerade die Unternehmer, die am meisten für einen Zusammenschluß der Unternehmer eintreten, weil sie die Macht der Organisation erkannt haben, die Organisation der Arbeiter am schlimmsten bekämpfen. Als bestes Mittel in diesem Kampf erblickt man die Uneinigkeit innerhalb der Arbeiterchaft. Diese zu fördern, hält man für die größte Aufgabe. Es ist aber logisch, daß es schwer fällt, Arbeiter für eine gute Zusammenarbeit im Betriebe zu interessieren, die man als Unternehmer organisatorisch selbst gegeneinander aufhebt.

Dr. Tiegs wirft dann die Frage auf: „Wie steht es nun mit dem Verteilungsapparat in der Konserven-Industrie?“ Er sagt:

Eine gute technische Ausgestaltung keines Betriebes darf den Unternehmer nicht zu dem Gedanken verleiten, er könne sich allein helfen und brauche ein Zusammengehen mit seinen Konkurrenten nicht. Denn was nützt die präziseste und billigste Herstellung, wenn der Vertrieb, die Verteilung der Erzeugnisse an die Verbraucher, zu kostspielig ist?

Dr. Tiegs will also auch die Verteilung der fertigen Produkte rationalisieren. In einer anderen Stelle sagt er über die heutigen Unkosten, die die Verteilung mit sich bringt:

Ist es heute wirklich noch wirtschaftlich, wenn Reisende und Vertreter aller Konservenfabriken die gleiche Kammschaft besuchen und sich gegenseitig das Wasser abgraben? Die Summe, die die Konservenfabriken allein an Provisionen zahlen, geht ins Enorme. Man rechne sich einmal aus, wieviel Gelder bei einem Jahresumsatz von durchschnittlich 150 Millionen Reichsmark die Konservenindustrie an Provisionen auszubringen hat.

Endlich wird die Frage gestellt, ob es wirtschaftlich sei, daß jede größere Konservenfabrik in den bedeutendsten Städten ein eigenes Lager unterhält. Alle diese Fragen sind sicher berechtigt. Es könnten Tausende für Reisen und Provision gespart werden, wenn eine „Zentralisierung des Verkaufes“ durchgeführt würde, wie sie Herr Dr. Tiegs mit dem Ziel, die Preise zu senken, wenigstens nicht zu erhöhen, anstrebt. Würde die Verkaufsorganisation in diesem Sinne wirken, dann könnte sie tatsächlich im Interesse des Volksganzen manches Gute schaffen.

Dr. Tiegs klagt aber an anderer Stelle darüber, daß die Preise in der Konserven-Industrie stark unterboten werden. Seine Verkaufsorganisation soll also nicht nur den Zweck haben, den Verkauf zu regeln, sondern sie soll auch die Schmutzkonkurrenz ausschalten. Auch das könnte ohne Schaden der Konsumenten geschehen, wenn man sich auf einem möglichen Verdienst begnügen würde. Aber gerade auf diesem Gebiete haben wir in den letzten Jahren die frühesten Erfahrungen gemacht. Gerade in jenen Industriezweigen, in denen die Rationalisierung am weitesten durchgeführt ist, sind auch die Verkaufsorganisationen am besten organisiert. Die Kartelle haben teilweise sogar durch Produktions Einschränkung eine Preisherabsetzung verhindert. Statt einer Preisherabsetzung brachten sie Preisermäßigungen oder verhinderten zum mindesten Preisabbau, so daß sich die Rationalisierung im Interesse des Volksganzen nicht auswirken konnte.

Leider wird es im Lager der Arbeitgeber allzuvielen Idealisten nicht geben, die den Gedankengängen des Herrn Doktor Tiegs folgen werden. Für die Arbeiterchaft, namentlich für sie in der Konserven-Industrie, ist es daher nach wie vor das Beste, sich in einer kräftigen Organisation einen guten Rückhalt gegen alle Zusammenschlußbestrebungen der Unternehmer

schaffen, damit sie bei den verschiedensten Rationalisierungsplänen nicht unter die Räder kommen.

Wirtschaftliches.

Ein bedenklicher Mangel an berufenen Wirtschaftsführern. Die Hamburger Handelskammer kommt in ihrem Jahresbericht von 1926 auf die Zusammenhänge von Unternehmungen und auf die damit verbundene Rationalisierung zu sprechen.

War die Krise von 1925 eingeleitet und charakteristisch beeinflusst durch den Zerfall der ohne tragfähigste Grundzüge geschaffenen Wirtschaftskongresse und der in der Effektenjagd der Inflationszeit gebildeten Sachwertvereinigungen, so betrafen die Reorganisationsmaßnahmen dieses Jahres durchweg Zusammenschlüsse von Unternehmungen gleicher Erzeugungstypen und Beschäftigungsart.

Die Fünftagewoche.

In den Vereinigten Staaten von Nordamerika entfalten die Gewerkschaften eine lebhaftere Agitation für die Fünftagewoche, also für eine fünftägige Arbeitszeit. Auch der letzte Gewerkschaftskongress (Oktober 1926) nahm eine Resolution an, in der als Ziel die Fünftage- resp. 40-Stunden-Woche aufgestellt wird.

Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung.

Die Sterblichkeit an Tuberkulose beträgt fast ein Viertel der Gesamtsterblichkeit und etwa drei Viertel der Todesfälle an Lungenerkrankungen fallen in das erwerbsfähige Alter von 15-60 Jahren.

Internationale Arbeiterbewegung.

Die Angriffe auf das Gewerkschaftsrecht in England. Schon während des Kongresses der kommunistischen Partei Großbritanniens hat es sich gezeigt, daß die linken Hoffnungen zunichte gemacht werden nicht in Erfüllung gehen werden und die bestehenden Gesetze und Normen für die Gewerkschaften nicht mit einem Federstrich aus der Welt zu schaffen sind.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Unsere Lohnbewegungen und die kommunistische Presse. Was hat die Lohnbewegungen innerhalb unseres Verbandes geleistet zu führen? Selbstverständlich unsere Verhandlungsführung bzw. die von ihr beauftragten.

Änderung mit gewerkschaftlichen Mitteln sei der Anfang der Weltrevolution, der ist - im Hinblick auf die Lehrsätze seit 1918 - in dieser Sache unheilbar. Wie kann denn jemand, der von irgendeiner Frage keinen Schimmer hat, gerade in diese Sache fortwährend hineintreten.

Die rote Fahne Nr. 291 vom 28. Dezember 1926 gibt speziell den Chemiewerkschülern Ratsschläge. Man merkt sofort, das hat jemand geschrieben, der in diesen Dingen aber eine grenzenlose Unwissenheit verfügt.

Berichterstattung über den sogenannten Kongress der Werkstätten.

Der Kongress der Werkstätten war eine Veranstaltung der kommunistischen Partei, mit dem Ziel: Eindringen der kommunistischen Partei in die Gewerkschaften.

Kundschau.

Verlag Chemie. Eine sonderbare Geschäftspraxis. Zu der in der Nr. 52 des 'Proletariats' vom 25. Dezember 1926 erschienenen Notiz 'Verlag Chemie', 'Eine sonderbare Geschäftspraxis', sendet der Verlag eine Zuschrift, in der er hervorhebt, daß der Abonnementsbetrag nicht nur für die 'Zeitschrift für angewandte Chemie', sondern auch für 'Die chemische Industrie', also für beide Zeitschriften, in Frage kommt.

Table with 4 columns: Jahr, Legt-Sellen-Zahl, Abonnementspreis, Preis pro Teilsheet. Rows for years 1924, 1925, 1926, 1927.

Daß bei Viertelsjahresabonnements für das Jahr 2 Mark mehr erhoben werden, sei darauf zurückzuführen, daß die Arbeit der Einziehung viermal zu leisten sei, gegen nur einmal bei Jahresabonnements.

Dazu bemerken wir: Es hätte nichts geschadet, auf dem der Vorrechnung beiliegenden, an die Abonnenten gerichteten Zirkular die Ursache des Abonnementspreises in etwa drei Zeilen mitzuteilen.

Wierpreise und Brauereibehörden.

Am 1. Januar 1927 ist die längst angekündigte Steuererhöhung für Bier in Kraft getreten; sie beträgt 33 1/2 Prozent der bisherigen. Bei den gängigsten Biermarken machte die Steuererhöhung 2 Mk. pro Hektoliter aus.

Table with 3 columns: Name, Bierpreis, Vorjahr. Lists various breweries and their prices.

Kein Wunder, daß die Aktien der Brauereien an den Börsen mit den höchsten Kursen notiert werden. Nachdem die Bierpreis-erhöhung bekannt wurde, haben die Kurse noch einen weiteren Anstieg zur Aufwärtsentwicklung erhalten.

Preussische Gebührenordnung für Ärzte.

Durch die Verordnung des Preussischen Ministeriums für Volkswohlfahrt vom 22. Dezember 1926, die von dem Preussischen Landtag in wiederholten Beschlüssen gefordert worden ist, erhöhen sich die bisherigen Arztgebühren für die reichsgesetzlichen Krankenkassen mit Wirkung vom 1. Januar 1927 an um jährlich 25 Prozent.

hierzu nicht gehört worden. Die Krankenkassenverbände haben vergeblich gegen diese Erhöhung Einspruch erhoben, zumal sie nur mit 48stündiger Frist zu den Verhandlungen telegraphisch eingeladen waren.

Ein Bad unter Krokodilen.

Es gewiß nicht ledernarige Sache. Und doch gibt es Männer, die sich trotz der Nähe solcher Ungeheuer mit größter Furchtlosigkeit in den Fluten erfrischen. Eine angenehm gewühlige Geschichte von einem, der diesen lebensgefährlichen Sport betrieb, enthält das Wochenblatt 'Brochhaus' erschienenen Werk 'Der wilde Landor. Das Meer und Fortpflanzung A. S. Savage Landors, von ihm selbst erzählt.'

Berichte aus den Zahlstellen.

Glensburg. Paul Diez. Am 31. Dezember 1926 erreichte uns unerwartet die Trauerbotschaft, daß der Geschäftsführer unserer Zahlstelle Glensburg, Kollege Paul Diez, am 30. Dezember 1926 infolge eines Schlaganfalls plötzlich gestorben ist.

Kollege Diez hat ein Alter von 46 Jahren erreicht. Er ist in Merane i. S. geboren, geboren und war in einer Kapelensfabrik als Zeichner tätig. 1912 trat Kollege Diez als Geschäftsführer an die Spitze unserer Zahlstelle Glensburg.

Verbandsnachrichten.

Mitgliedsbuch P 25 633 verloren. Der Kollege Willi Schlegel, geb. am 9. November 1904 in Raundorf, in den Verband eingetreten am 8. November 1920, hat sein Mitgliedsbuch P Nr. 25 633 verloren.

Die Zahlstelle Stettin.

Sucht zum baldigen Eintritt, spätestens zum 1. April 1927, einen tüchtigen Agitationsleiter. Bewerber haben außer einer Schilderung ihres Lebenslaufes eine selbständige schriftliche Arbeit über folgende Fragen einzuwenden:

Gauleiter für Hamburg.

Die in Nr. 49 des 'Proletariats' ausgeschriebene Stelle eines Gauleiters in Hamburg ist besetzt. Gewählt wurde der bisherige Gauleiter Otto Hilpmann in Dresden.

Literarisches.

'Urania', Jahrgang 1926-27, Heft 3, Monatshefte für Naturerkenntnis und Gesellschaftslehre. Bezugspreise: Ausgabe A (drei Hefte und eine brosch. Buchbeigabe) pro Vierteljahr 1,60 Mk., Ausgabe B (drei Hefte und eine in Ganzleinen gebundene Buchbeigabe) pro Vierteljahr 2,25 Mk.